



Dezernat III
Schul-, Kultur- und Sportamt

Datum 12.09.2024
Gz. 40.13/sp-40.10.7-
290089/2024
Telefon 56-4666

Behandlung	Gremium	Datum	Status
Entscheidung	Gemeinderat	19.09.2024	öffentlich

Anlagen

Betreff

**Verlängerung der Teilnahme am Bundesprojekt Partnerschaft für Demokratie
Heilbronn im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! ab Januar 2025**

I. Antrag

Kenntnisnahme

II. Sachverhalt

Im Verwaltungsausschuss am 09.09.2024 wurde um die Konkretisierung der Stellenbeschreibung des Koordinators bzw. der Koordinatorin der Partnerschaft für Demokratie (PfD), welche im federführenden Amt zugeordnet ist, sowie um die Konkretisierung des Begleitausschusses und dessen konzeptionelle Weiterentwicklung und Ausbau im Rahmen einer Verlängerung gebeten.

Beschreibung der Tätigkeit der Koordinationsstelle:

Der Koordinator bzw. die Koordinatorin der Partnerschaft für Demokratie (PfD) ist beim federführenden Amt (Schul-, Kultur- und Sportamt) angesiedelt. Gemeinsam mit der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) bei einem freien Träger bildet sie die Steuergruppe der PfD. Die Koordinationsstelle ist dabei zentrale Ansprechperson für Verwaltung, Politik, Bürger und Bürgerinnen sowie Vereine und weitere Akteure der Zivilgesellschaft und maßgeblich an der Außenwirkung, der Kommunikation und der Vernetzung der PfD beteiligt. Dazu zählt neben der aktiven Netzwerkarbeit mit Vereinen und Akteuren der Zivilgesellschaft auch die Kooperation mit Schulen, Ganztagesangeboten und der Jugendarbeit. In der Startphase des Projekts waren umfangreiche Aufbauarbeiten erforderlich. Ein Netzwerk wurde aus bestehenden Kontakten und über direkte Ansprachen geknüpft.

Im Einzelnen sind folgende **Tätigkeiten** zu erledigen:

Nach Vorgaben der **Förderstelle** (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

- Berufung, Gestaltung und Organisation einer externen Koordinierungs- und Fachstelle

- Berufung, Gestaltung und Organisation des Begleitausschusses, der allein über die Bewilligung von Förderanträgen zu entscheiden hat.
- Erstellung eines Förderantrags, der alle wesentlichen Informationen abfragt, die das Bundesministerium als verbindlich voraussetzt
- Kontrolle aller eingehenden Anträge auf die Einhaltung aller Vorgaben des Bundesministeriums im Rahmen des Programms
- Kontrolle der Mittelvergabe
- Berufung, Gestaltung und Organisation einer bedarfsgerechten Form der Jugendbeteiligung (in Zusammenarbeit mit Jugendforum und anderen bereits in der Jugendarbeit tätigen Organisationen und Vereinen)
- Rechtsverbindliche Antragsstellung auf Zuwendung beim Bundesministerium
- Weiterleitung der zugewendeten Mittel an Dritte,
- Sicherstellung der ordnungsgemäßen Mittelvergabe
- Sicherung des Mittelabrufs
- Regelmäßiger Austausch und Information der für das Projekt verantwortlichen Regiestelle im Ministerium
- Teilnahme an Online-Schulungen und Online-Treffen, die das Bundesministerium im Rahmen des Programms „Partnerschaft für Demokratie“ (PdF) anbietet.
- Teilnahme an Weiterbildungen, die von Ministerien des Landes Baden-Württemberg zum Thema Demokratie-Bildung angeboten werden

Inhaltliche Projektarbeit:

- Koordinierung und Entwicklung aller konzeptionellen Arbeiten im Rahmen der PfD,
- z.B. der Demokratiekonferenz am 10.11.2023, Einbindung und Teilnahme Heilbronn an der landesweiten Aktion „Lange Nacht der Demokratie“ am 02.10.2024, veranstaltet vom Landesverband der Volkshochschulen BW
Einbindung des Projektes in die praktische Informationsarbeit für Grundwerte, Grundgesetz und politische Bildung
- Vorstellung von Programm und Chancen in Bildungs- und Integrationsbeiräten, Lenkungsgruppe Bildung, Jugendgemeinderat, Gesamtelternbeirat, Rektoren-Konferenz, Träger-Konferenz Ganztagsbetreuung
- Werbung, Beratung, aktive Information für Projekt und seine Möglichkeiten im Stadtgebiet
- Information über Projekt und Möglichkeiten der Antragstellung bei Schulen, Elternvertretungen, Vereinen und interessierten Einzelpersonen
- Zusammenarbeiten u.a. mit VHS Heilbronn, der Katholischen Erwachsenen Bildung, der Caritas, der Diakonie, der AYWÖ, Migrantischen Vereinen (z.B. dem Dt.-Afrikanischen Verein, dem Deutsch-Ukrainischen Verein), dem Kneipp-Verein, den Quartierszentren
- Kontaktnahme mit Vereinen, die in den Wirkungsfeldern Integration, Inklusion, Soziale Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit, Umweltschutz und Jugendarbeit in Heilbronn tätig sind.
- Projektinitiierung für Schüler und Schülerinnen in den VABO-Klassen: Was erwartet die Aufnahmegesellschaft von den in Deutschland Neuankommenden, was sind die hiesigen Werte und Regeln, wie sind ihre Erwartungen, was sind ihre Berufswünsche und was müssen die jungen Menschen tun, damit diese Wünsche Wirklichkeit werden können?
- Ideen-Impulse für Projekte an Schulen zum Thema Grundgesetz und Demokratie, z.B. in der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen für die „Lange Nacht der Demokratie“ am 02.10.2024 und was hat das konkret mit dem Leben der Kinder zu tun.
- Impulsgeber für Beteiligungsformate im Bereich der Politischen Bildung im Kunst, Kultur und in Amateur-Musik, z.B. für die „Lange Nacht der Demokratie“

- Pflege und Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Quartierszentren, Initiierung von Projekten. z.B. im Quartierszentrum Süden, die ein großes Projekt zum Thema Demokratie-Arbeit mit Kindern starten
- Aufbau einer engeren, thematisch bezogenen Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der „LIGA der Wohlfahrtsverbände“ (vor allem mit Diakonie, Caritas, AWO)
- Aufbau einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit anderen städtischen Ämtern: Bildungsbüro, Ganztagsbetreuung, VABVO und VKL Betreuung, mit der Stabsstelle Chancengerechtigkeit, der neuen Stabsstelle rund um das Thema „Green-Capital-Bewerbung

Diese Aufgaben werden mit einer evtl. Verlängerung der PfD **intensiviert**, da die ersten Erfahrungen in der aktuellen Förderperiode zeigen, wie die Zusammenarbeit mit und in Schulen in Bezug auf Demokratieförderung gelingen kann, um Kinder und Jugendliche gezielt zu erreichen. Auch die Zusammenarbeit mit den geschäftsführenden Schulleitungen bspw. Frau Haußmann zum Themenbereich der Demokratieförderung konnte angestoßen werden, für eine nachhaltige Zusammenarbeit wird die Koordinationsstelle Haupt-Ansprechperson bzw. Schnittstelle sein. Dazu gehört auch die Planung, Organisation und Durchführungen von Veranstaltungen, wie Netzwerktreffen, Demokratiekonferenzen, der Langen Nacht der Demokratie sowie Veranstaltungen mit dem Jugendforum. Auch die Planung, Organisation und Durchführungen von Sitzungen des Begleitausschusses sowie im Falle der Verlängerung des Bündnisses und des Ämternetzwerkes gilt es für die Koordinationsstelle auszubauen, zu konzipieren, zu initiieren und nachhaltig umzusetzen. Da hier die Vernetzungs- und gemeinsame Austauschstrukturen ausgeweitet werden, mehr und diversere Partner mit einbezogen und gehört werden sollen, wird die Koordinationsstelle für die Kommunikation sowie die Organisation dieser Bündnisstrukturen mehr Kapazitäten der Koordinationsstelle einsetzen müssen.

Die Koordinationsstelle wird auch die finanziellen Mittel der PfD hauptverantwortlich verwalten, dazu gehört u.a. die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Mittelvergabe und -verwendung, die Abrechnung gegenüber der Regiestelle auch die Weiterleitung an den Träger der KuF und/oder Dritte sowie die Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung. Es besteht auch ein umfangreicher Beratungsaufwand für in großen Teilen unerfahrene Antragstellerinnen und Antragsteller.

Zudem werden alle eingereichten Förderanträge von der Koordinationsstelle bzgl. der formalen Förderkriterien geprüft und die Antragstellenden entsprechend informiert. Mit zunehmender Bekanntheit und Reichweite der PfD nimmt gerade auch dieser Aspekt zunehmend mehr Kapazitäten ein.

Beschreibung des Begleitausschusses, künftig des Bündnisses:

In der aktuellen Förderperiode war der Begleitausschuss das Gremium, welches über die eingereichten Förderanträge entscheidet. Dieses Gremium wird nach den neuen Förderrichtlinien zukünftig auszuweiten sein, um die Zivilgesellschaft stärker einzubinden. Bisher setzt sich der Begleitausschuss (BgA) aus mehrheitlich zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen, die gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung die Förderentscheidungen treffen und die inhaltliche Ausrichtung der PfD mitbestimmen.

Folgende Themenbereich sind im BgA vertreten:

- Eine Vertreterin aus dem Arbeitsspektrum **Arbeitswelt**
- Eine Vertreterin mit dem Tätigkeitsschwerpunkt **Gender** aus der LBGTQ-Bewegung
- Ein Vertreter von **Heilbronn sagt nein**
- Eine Vertreterin mit Berufsschwerpunkt **Inklusion**
- Zwei Vertreterinnen aus migrantischen Vereinen (Schwerpunkt: **Integration**)

- Ein Vertreter aus dem **Jugendforum**
- Ein Vertreter aus der **Künstlerszene** in Heilbronn
- Ein Vertreter aus dem **Netzwerk gegen Rechts**
- Ein Vertreter, der aktiv ist für **Soziale Teilhabe und Gleichberechtigung**
- Eine Vertreterin, die im Bereich **Umwelt & Klimaschutz** ehrenamtlich tätig ist
- Drei Vertreterinnen aus dem **Gemeinderat** (vom Ältestenrat im Juli 2023 bestimmt)
- Zwei Vertreterinnen aus der **Stadtverwaltung**

Das künftige Bündnis gilt es zu initiieren, Mitwirkende und Partner zu finden und zu halten sowie zu regelmäßig stattfindenden Bündniskonferenzen einzuladen und diese Konferenzen vor- und nachzubereiten. Hier werden neben Schulen, KiTas und Ganztagesangebots-Trägern auch Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitswelt, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände und Polizei u.a. eingeladen. Diese Konferenz soll zweimal pro Jahr stattfinden und in einem dynamischen Arbeitsprozess die Themenbereiche herausarbeiten, auf die die vielfältigen Partner gemeinsam den Fokus legen. Zudem werden die erarbeiteten Themenschwerpunkte aus dem Bündnis hinaus in die Stadtgesellschaft multiplizierbar gemacht, da alle Beteiligten des Bündnisses wiederum selbst Teil der zivilgesellschaftlichen Stadtgesellschaft sind. Neben dem Aufbau und der Koordination des Bündnisses, fallen damit auch die Organisation der regelmäßig stattfindenden Bündniskonferenzen an, die die Koordinationsstelle federführend organisiert und durchführt.

Mit der Verlängerung der Pfd soll auch ein verwaltungsinternes Ämternetzwerk aufgebaut werden. Dieses Netzwerk soll sicherstellen, dass Aspekte der gesamten Verwaltung Gehör finden können. Auch hier liegen der Aufbau, die Vernetzung, die Organisation und die Koordination des Netzwerkes bei der Koordinationsstelle. Zusätzlich zu den auf- und auszubauenden Strukturen und der stärkeren Ausrichtung in der Zusammenarbeit mit Schulen, bleiben die bisherigen Aufgabenbereiche bestehen.

Um die so gestalteten Aufgabenbereiche gut und umfassend anzugehen, wird eine Stelle im Umfang von 50% VZÄ nach den bisherigen Erfahrungen in der aktuellen Förderperiode nicht ausreichen, sodass eine notwendige Aufstockung auf 75% VZÄ für die zielführende Aufgabenerfüllung und die nachhaltige Etablierung der Demokratiebildung in der Heilbronner Bildungslandschaft beantragt wird.

III. Finanzwirtschaft

Siehe DS 220/2024

IV. Bürgerbeteiligung/Vorhaben

Siehe DS 220/2024

V. Klimarelevante Auswirkungen

Keine relevanten Auswirkungen auf das Klima.

Begründung: